

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Jahresbericht 2021



Herausgeber

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
twitter: @staedteverband
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch

Bilder

Rolf Siegenthaler, Bern

Übersetzung

wordup, Nidau

Layout

Atelier KE, Meiringen

Druck / Impression

Vögeli AG Marketingproduktion & Druck, Langnau



Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle Certified™-Druckprodukte
hergestellt durch die Vögeli AG.
Bindung ausgenommen.

Cradle to Cradle Certified™
is a certification mark licensed by
the Cradle to Cradle Products
Innovation Institute.

Inhalt

Der Städteverband im Porträt	Seite 3
«Ich war schon immer ein Städter» Interview mit Präsident Kurt Fluri	Seite 4
Corona-Pandemie	Seite 8
Wirtschaft & Finanzen	Seite 10
Mobilität & Verkehr	Seite 12
Soziales & Gesundheit	Seite 16
Raumentwicklung & Agglomerationen	Seite 19
Energie, Umwelt & Klima	Seite 22
Digitalisierung & Smart City	Seite 24
Wohnen, Quartiere & öffentlicher Raum	Seite 26
Bildung, Kultur & Sicherheit	Seite 30
Öffentlichkeitsarbeit	Seite 32
Politische Interessenvertretung	Seite 35
Netzwerk	Seite 38
Der SSV 2021	Seite 39
Organe	Seite 40
Jahresrechnung	Seite 42
Mitglieder	Seite 45

The image shows a modern architectural structure with a prominent red and white facade. A large, covered walkway with a curved glass entrance is visible. The ceiling of the walkway is made of concrete with circular recessed lighting. In the foreground, three people are walking: two on the left are blurred, and one on the right is looking at a smartphone. The overall scene is bright and modern.

28. Januar 2021

Der Swiss Smart City Survey der ZHAW erscheint, bei dem der SSV als Partner mitwirkte. Smart-City-Aktivitäten nehmen zu, 40 Städte beschäftigen sich damit – aber erst wenige verfolgen eine übergeordnete Strategie.

Der SSV im Porträt

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt und 84% der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.

Der SSV bietet seinen Mitgliedern diverse Dienstleistungen an: Er liefert Plattformen zur Vernetzung, gibt Studien in Auftrag, versorgt die Mitglieder mit einer breiten Palette an Fachinformationen und informiert die Öffentlichkeit über urbane Themen.

Politik

Der Schweizerische Städteverband vertritt die Interessen der Städte auf politischer Ebene. Die Bundesverfassung schreibt vor, dass der Bund besondere Rücksicht auf die Interessen der Städte und Agglomerationen nehmen muss.

Der Städteverband ist deshalb ständiger Partner an den Vernehmlassungsverfahren des Bundes, pflegt einen engen und regelmässigen Kontakt zu den Behörden und nimmt in Expertengruppen sowie weiteren Gremien Einsitz. Er unterhält ein breites Netzwerk zu den Parlamentsmitgliedern, damit die Stimme der Städte auch in den Kommissionen, im National- und Ständerat gehört wird – zu allen Themen, die die Städte betreffen. Der SSV fasst regelmässig Abstimmungsparolen, wenn die Vorlagen für die Städte von Bedeutung sind.

Netzwerk: Politisch und fachlich

Der Städteverband pflegt nicht nur sein Netzwerk, sondern bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Plattformen zur Vernetzung. In einer Vielzahl von Sektionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen kommen städtische Exekutivmitglieder oder Fachpersonen regelmässig zusammen, um gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren, sich fachlich auszutauschen oder politische Positionen zu fassen.

Fachinformationen

Der Städteverband und seine Sektionen geben Studien in Auftrag, verfassen Merkblätter und Leitfäden, analysieren Praxisänderungen und deren Auswirkungen auf die Städte, diskutieren Best-Practice-Beispiele und greifen Themen auf, die den Städten unter den Nägeln brennen. Der fachliche Austausch mit all seinen Facetten findet auf Veranstaltungen oder in Arbeitsgruppen statt; die Themen werden über die vielfältigen Kommunikationskanäle den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Ein grosser Verband mit Tradition

Der Städteverband wurde im Jahr 1897 gegründet. 130 Städte sind Mitglieder (Stand 31. Dezember 2021). Aktueller Präsident ist Kurt Fluri, Nationalrat und langjähriger Stadtpräsident von Solothurn. ♦

Interview mit Kurt Fluri, Präsident SSV

«Ich war schon immer ein Städter»



Die Verlängerung der Unterstützungsmassnahmen für den ÖV war ein grosser Erfolg und die Rechtsgrundlage für «Cargo Sous Terrain» bemerkenswert. Dies ist eine kleine Bilanz der nationalen Politik 2021 von Kurt Fluri, Präsident des Schweizerischen Städteverbandes. Der langjährige Stadtpräsident von Solothurn erklärt im Interview, weshalb die Städte im Parlament gut vertreten werden und warum sich dies nicht so rasch ändern wird.

2021 war erneut geprägt von der Corona-Pandemie. Wie schauen Sie als Präsident des Städteverbandes auf das Jahr zurück?

Für die Stadtverwaltungen stellte sich im Vergleich zum Vorjahr bereits eine gewisse «Routine» ein. Die Auswirkungen auf Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft wurden durch die Fortdauer der Pandemie immer gravierender. Jedoch sind erfreulicherweise die von der SKOS skizzierten Szenarien bisher nicht eingetreten, welche eine mehr oder weniger starke Belastung der Sozialhilfe befürchten liessen.

Aus Sicht der Städte unerfreulich war hingegen der fehlende Einbezug der kommunalen und insbesondere der städtischen Ebene bei der Erarbeitung und Umsetzung der notrechtlichen Erlasse. Als Folge davon fehlten diesen in einigen Punkten der Praxisbezug, was die Umsetzung erschwerte. Gegenüber dem Bund und den Kantonen haben wir unser Missfallen deutlich kundgetan. Art. 50 Abs. 3 BV ist offensichtlich noch nicht von allen Instanzen akzeptiert worden.

«Der SSV hat im Parlament einen guten Ruf.»

Ein grosser Erfolg war die Fortsetzung des Covid-19-Gesetzes im Bereich ÖV für das Jahr 2021. Die Folgen der angeordneten bzw. empfohlenen Arbeit von zuhause, die reduzierten Reisemöglichkeiten und die gedämpfte Reiselust hatten auch in diesem Jahr massive Auswirkungen auf die Frequenzen. Deshalb ist es völlig berechtigt, wenn sich der Bund an den entsprechenden Ausfällen des Regional- und Ortsverkehrs beteiligen muss. Auch die weitere Unterstützung der (semi-)professionellen Sportklubs sowie der Kulturschaffenden sind für die Städte wichtig, bilden beide doch wesentliche Bestandteile städtischen Lebens. Dieses ist natürlich mit der Einführung der Zertifikatspflicht massiv erleichtert worden.

Welches politische Geschäft aus dem vergangenen Jahr, das nicht mit der Pandemie zu tun hat, heben Sie hervor?

Ich möchte auf das Gesetz verweisen, das die Rechtsgrundlage für die Realisierung von «Cargo sous terrain» bietet. Ob dieses jemals die Schwelle von der Vision zum Projekt überschreiten kann, ist eine Frage, die von der Investitionsbereitschaft der Wirtschaft abhängen wird. Sollte dies früher oder später der Fall sein, werden sich für die Städte wichtige Fragen stellen: Zielpunkt des unterirdischen Güterverkehrs wird unbestrittenermassen die städtische Agglomeration sein. Die Städte werden dann vor dem Dilemma stehen, entweder oberirdische Hubs mit grosser Fläche zur Verfügung zu stellen, welche als Lagerplatz

zwecks Bündelung der Transporte dienen können, oder aber auf kleinem Landverbrauch zu bestehen, was aber einen grösseren Verteilerverkehr zur Folge hat.

Als Nationalrat erleben Sie die Bundespolitik hautnah. Welche Bedeutung hat der Städteverband im Bundeshaus Ihrer Ansicht nach?

Der SSV hat im Parlament generell und unabhängig vom konkreten Geschäft nach meiner Wahrnehmung einen guten Ruf. Selbstverständlich ist allen klar, dass er die Interessen der Städte vertritt, gleichzeitig aber auch, dass diese vielfältig strukturiert sind. Und obwohl es politische Kreise gibt, welche die Städte generell als rot-grün im pejorativen Sinn zu disqualifizieren versuchen, ist der grossen Mehrheit der Räte doch bewusst, dass dieses Muster zu einfach gestrickt ist. Abgesehen von dieser ideologisch bedingten generellen Ablehnung städtischer Anliegen werden die Stellungnahmen und Meinungsäusserungen des SSV als seriös beurteilt und entsprechend bei der Meinungsbildung gewichtet.

Welche Tätigkeiten neben der politischen Interessenvertretung erachten Sie als besonders wichtig?

Die Mitgliedstädte schätzen nach meiner Wahrnehmung diejenigen Dienstleistungen, welche ihnen Erkenntnisse und Beurteilungskriterien liefern, deren Beschaffung ihnen aufgrund eigener begrenzter personeller oder datenmässiger Ressourcen nicht möglich ist. Ferner schätzen sie die da und dort vorgenommenen Umfragen zu unerwarteten Situationen und neu auftretenden Themen, wie bspw. die Frage der Aussenflächen von Gastwirtschaften während der Pandemie, etc. Dankbar sind sie natürlich auch für die Ergründung, Zusammenfassung und schliesslich Einbringung und Publikation ihrer Meinungen zu Erlassentwürfen des Bundesrates oder des Parlaments.

Last but not least nehmen unsere Mitglieder gerne die Möglichkeit in Anspruch, in den diversen Sektionen, Kommissionen oder Arbeitsgruppen mitzuwirken. Dabei profitieren sie von den Erfahrungen anderer Mitglieder, der Organisation und von der Strukturierung durch die Geschäftsstelle.

Es ist kein Geheimnis, dass sich Ihre Amtszeit als Präsident leider dem Ende zuneigt. Was möchten Sie noch erreichen?

Mein Einsatz für die Städte wird mit der Beendigung der Präsidentschaft nicht abgeschlossen sein – so, wie er auch nicht erst damit begonnen hat. Ich war schon immer ein Städter, und als Gemeinde- und als Kantonsrat sowie natürlich als Stadtpräsident habe ich mich schon immer für die Anliegen der Städte eingesetzt. Als übergeordnetes Ziel müssen diese im Interesse der Mehrheit unserer Bevölkerung gewahrt werden, ohne dabei die übrigen Bevölkerungsteile zu benachteiligen. Das Erfolgsgeheimnis unseres Landes, das tendenziell zentrifugalen Strömungen ausgesetzt ist, wird auch in Zukunft im Ausgleich der Interessen liegen. ♦



18. Februar 2021

SSV-Präsident Kurt Fluri ist zu Gast im Tagesgespräch auf Radio SRF. Thema: Die Politik der frühen Kindheit. Sie fördert Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der SSV veröffentlichte dazu ein Positionspapier.



Corona-Pandemie

Blicken wir auf das Jahr 2021 zurück, gibt es kein Vorbeikommen an der Corona-Krise. Die Pandemie war das alles dominierende Thema und machte selbstredend auch vor dem Städteverband und den Städten nicht halt. Die Umsetzung der Massnahmen zur Pandemiebekämpfung, die auf Bundesebene beschlossen wurden, war häufig die Aufgabe der städtischen Behörden: sei es die Wahrung der Sicherheit, die Durchsetzung der Maskenpflicht oder der Vorschriften für Geschäfte oder Restaurants. Nicht zuletzt strapazierten die unzähligen Demonstrationen das Sicherheitsempfinden und die Nerven der Städterinnen und Städter. Kulturelle Veranstaltungen und grosse Events aller Art wurden, wenn sie überhaupt durchgeführt werden konnten, empfindlich eingeschränkt. Der Städtetourismus kam phasenweise fast gänzlich zum Erliegen.

Der Schweizerische Städteverband wies den Bund wiederholt darauf hin, dass der Einbezug der Städte während der Krise ungenügend war. Mit Erfolg: Nach mehrfacher Intervention bei der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und der Bundeskanzlei wurde er immerhin bei der Evaluation des Krisenmanagements miteinbezogen.

Der Städteverband setzte sich auch auf politischer Ebene für die Anliegen der Städte ein, damit die mit den gesundheitspolitischen Massnahmen verbundenen Auswirkungen in der Pandemiebekämpfung nicht allzu sehr auf die lokale Ebene abgewälzt wurden. Dies betraf insbesondere die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Kultur im Rahmen des Covid-19-Gesetzes sowie die Entschädigungen für den städtischen ÖV. Der Städteverband begleitete seine politischen Interventionen mit einem breiten Mix an zahlreichen Kommunikationsaktivitäten per Medienmitteilungen, News oder auf Twitter.

Wirtschaft, Finanzen und Soziales

Der SSV machte sich auf Bundesebene u.a. für die Wirtschaft stark und forderte, dass die Hilfsmassnahmen für betroffene Unternehmen bis zum Ende der Pandemie weitergeführt werden. Dazu gehören alle Massnahmen zur Ausweitung und Vereinfachung der Kurzarbeitsentschädigung, der Erwerbsersatz für Selbständige oder auch die befristete Verlängerung des Anspruchs auf Taggelder der Arbeitslosenversicherungen (ALV). Er forderte ausserdem ein besonderes



Raphael Lanz, Stadtpräsident Thun

**«Bei digitalen Formaten
der Beteiligung ist
die Hemmschwelle tiefer.»**

Augenmerk auf die besonders betroffenen Branchen und Personengruppen, wie der arg gebeutelte Städtetourismus, die Eventbranche oder die Kulturschaffenden. Denn für die Städte ist eine soziale Abfederung für Personen, die in ökonomisch prekären Situationen leben, wichtig – nicht nur in Krisenzeiten. So kann die Anzahl Betroffener, die in die Sozialhilfe abrutschen, ebenso deutlich reduziert werden wie die Kosten, die die Gemeinden zu tragen haben. In einer Krise wie der Corona-Pandemie verschärfte sich diese Problematik. Deshalb wandte sich der Städteverband im Rahmen der zahlreichen und wiederholten Parlamentsdebatten rund um das Covid-19-Gesetz an die National- und Ständerätinnen und -räte. Dies mit Erfolg.

Öffentlicher Verkehr

Home-Office, abgesagte Anlässe oder Einschränkungen im Gastrobereich sorgten auch 2021 für deutlich geringere Passagierzahlen und Einnahmen bei den Transportunternehmen. Gerade die städtischen Verkehrsbetriebe bekamen dies zu spüren. Sie hielten trotz Einschränkungen die Grundversorgung in der Mobilität aufrecht: Personen, die in systemrelevanten Bereichen arbeiten, wie z.B. Angestellte von Spitälern, Lebensmittelläden oder Logistikunternehmen, brauchen den ÖV, um zur Arbeit zu gelangen. Zudem darf der flächen- und umwelteffiziente ÖV unter keinen Umständen an Attraktivität verlieren, weshalb ein Abbau des Angebots ausgeschlossen war. Dennoch wollte der Bund zunächst, dass Städte und Gemeinden die 2021 durch die Covid-Massnahmen verursachten finanziellen Lücken

des ÖVs selbst abdecken. Erst nach Interventionen des Städteverbandes verpflichtete er sich in einem zweiten Massnahmenpaket, auch den Ortsverkehr zu unterstützen – mit einem Anteil von einem Drittel der krisenbedingten finanziellen Verluste, wie im Jahr zuvor.

Kultur

Zu den leidtragenden Branchen der Pandemie gehörte auch die Kultur und mit ihr die Kulturschaffenden und -veranstalter. Dies hatte Auswirkungen auf die Städte: Ein vielfältiges Kulturangebot gehört zum urbanen Selbstverständnis und ein grosser Teil des kulturellen Angebots ist in den Städten zu finden. Für viele Betroffene war die Unterstützung der öffentlichen Hand überlebensnotwendig. Folglich setzte sich der SSV im Rahmen des Covid-19-Gesetzes mit anderen Akteuren für die Kulturbranche ein, unter anderem für Ausfallentschädigungen auch für das Jahr 2022. Denn das Publikum kam 2021 nur zögerlich zurück. Das Covid-Zertifikat verschaffte immerhin die Möglichkeit, überhaupt wieder Veranstaltungen durchzuführen. Die Situation vieler Betroffener bleibt dennoch über das Jahr 2021 hinaus prekär.

Neben der parlamentarischen Einflussnahme war der SSV in diversen Austauschgruppen des Bundes vertreten. Hauptthemen waren das Covid-Zertifikat, Umsetzungsschwierigkeiten in der Handhabung der angezeigten Sicherheitsmassnahmen, Problemlagen einzelner Akteursgruppen im Kultursektor und mittelfristige Auswirkungen der Krise. ♦



PUBLIKATIONEN

Studie

Im Juni 2021 publizierte der Städteverband gemeinsam mit PwC Schweiz eine Studie, welche die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die Kantone, Städte und Gemeinden untersuchte. Sie kam zum Schluss: Langfristig ist es vor allem die lokale Ebene, die die Lasten zu tragen hat. Schuld daran sind geringere Steuererträge bei höheren Mehrausgaben. Mehrere Städte erwarten in den nächsten Jahren eine zunehmende Verschuldung.



Textreihe

Zwischen März und September startete der Städteverband eine viel beachtete und gelese Textreihe «Nach Corona. Stimmen aus den Städten». Insgesamt 26 Exponentinnen und Exponenten aus Politik und Verwaltung sowie Fachpersonen, die für Städte oder zusammen mit Städten tätig sind, äusseren sich zur Coronasituation der Städte, analysierten die aktuelle Situation, teilten Erfahrungsberichte oder stellten Thesen für die künftige Entwicklung auf.



Faktenblatt

Im Februar 2021 veröffentlichte der SSV ein ausführliches Faktenblatt «Corona – Massnahmen, Positionen, Tätigkeiten», das er seinen Mitgliedern zur Verfügung stellte.



Wirtschaft & Finanzen

Politik

OECD-Steuerreform: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beschloss 2021, eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent für international tätige Unternehmen einzuführen. Städte sind von der Reform unmittelbar betroffen: Als Wirtschaftsstandorte beherbergen Städte und städtische Gemeinden einen massgeblichen Teil der in der Schweiz ansässigen Unternehmen, und Steuern juristischer Personen zählen zu den ergiebigsten Steuern auf kommunaler Ebene. Die nationale Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung hat deshalb eine wichtige Bedeutung für die Städte und städtischen Gemeinden. Der Bundesrat hat im Sommer 2021 ein politisches Konsultationsorgan zur Umsetzung der OECD-Steuerreform in der Schweiz lanciert. Erst durch die gemeinsame Intervention des Städteverbandes und der Konferenz der städtischen Finanzdirektoren- und -direktorinnen (KSFD) wurde die kommunale Ebene eingebunden. Seit Juni 2021 tauschen sich Bund, Kantone und Städte innerhalb des politischen Konsultationsorgans aus.

Auswirkungen der STAF: Die «Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF» ist seit 2020 in Kraft, ihre Auswirkungen begannen sich aber vor allem im Berichtsjahr zu entfalten. Die Umsetzung der STAF variiert in den Kantonen stark, was die Städte – in unterschiedlichem Ausmass – mit geringeren Steuereinnahmen zu spüren bekommen. Deshalb setzte sich der Städteverband dezidiert für Transparenz ein und gelangte mehrere Male an die Medien. Nationalrat Philipp Kutter, Stadtpräsident von Wädenswil und SSV-Vorstandsmitglied, reichte in der Herbstsession ein Postulat ein (21.4079 «Wirkungsüberprüfung der Steuerreform STAF»), das im Dezember angenommen worden ist. Nun müssen die Auswirkungen der STAF evaluiert werden.

Weitere Steuerreformen: Mit dem geplanten Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung ist eine weitere grosse Steuerreform auf Bundesebene am Laufen. Zentraler Punkt ist die Abschaffung des Eigenmietwerts, was der Städteverband grundsätzlich begrüsst. Der Städteverband vertrat seine Position in der Wirtschaftskommission des Nationalrates und mit einer schriftlichen Stellungnahme. Der weitere Verlauf dieser Steuerreform ist noch offen. Sie befindet sich noch in der Anfangsphase und wurde bis Ende 2021 noch nicht materiell behandelt. Ganz im Gegensatz zur Verrechnungssteuerreform, die im Dezember 2021 verabschiedet worden ist. Der Städteverband war mit einer Intervention gegenüber dem Parlament erfolgreich: Es sollen neu nur herausgegebene Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit werden, was zu einer Minderung der ursprünglich berechneten Steuerausfälle führt. Diese werden dennoch beträchtlich sein. Der SSV hatte sich deshalb für eine möglichst schlanke Umsetzung ausgesprochen, die dennoch das ursprüngliche Ziel, den Fremdkapitalmarkt zu stärken, nicht aus den Augen verliert. Die Reform ist noch nicht unter Dach und Fach: Die SP hat das Referendum angekündigt.



NETZWERK

Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD)

Die KSFD ist eine Sektion des SSV mit 36 Mitgliedern. Sie äussert sich als städtische Stimme zu finanz- und steuerpolitischen Themen und Vorlagen und setzt sich für eine ausgeglichene Finanz- und Steuerpolitik sowie für einen fairen Lastenausgleich zwischen den Staatsebenen ein. Sie bietet den Mitgliederstädten an den Mitgliederversammlungen oder den Fachveranstaltungen eine Plattform für den Erfahrungsaustausch und ein Netzwerk.





«Das revidierte Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen dürfte uns dabei helfen, unsere Bilanzen punkto Nachhaltigkeit und Qualität zu verbessern.»

Mathias Buschbeck, Stadtpräsident Vernier GE

Zahlreiche Steuerreformen wurden im Berichtsjahr abgeschlossen, angestossen, diskutiert oder für die kommenden Jahre angekündigt. Die Projekte sind für die langfristigen finanziellen Perspektiven der Städte von essenzieller Bedeutung; der Städteverband ist auch in den kommenden Jahren gefordert, wie der Bericht «Langfristperspektiven für die öffentlichen Finanzen in der Schweiz» vom November 2021 zeigt. Die Städte und Gemeinden werden demnach vor allem mittelfristig durch die steigenden Kosten im Bildungsbereich finanziell am stärksten betroffen sein. Auf langfristige Sicht wird sich zudem die Schuldenquote bei den Städten und Gemeinden stark erhöhen. Der Klimawandel ist ebenfalls eine grosse Herausforderung für die Schweiz und die öffentlichen Finanzen.

Des Weiteren unterstrich der Städteverband bei einer Anhörung in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) die Bedeutung der postalischen Dienstleistungen. Im Rahmen der Revision des Postorganisationsgesetzes sprach er sich für eine flächendeckende und qualitativ hochstehende Grundversorgung der gesamten Bevölkerung mit Postdienstleistungen aus.

Stadt-Land-Graben: Die SVP lancierte im Sommerloch eine Kampagne zum angeblichen Stadt-Land-Graben. Die Hauptbotschaft, wonach die Städterinnen und Städter auf Kosten der Landbevölkerung leben sollen, entkräftete der Städteverband in einem Dokument zuhanden aller Parlamentarierinnen, Parlamentarier und seiner Mitglieder. In der vielfältigen Schweiz gibt es keinen trennscharfen Graben zwischen städtischem und ländlichem Raum. Die Städte sind ausserdem die Wirtschaftsmotoren des Landes. Die Landbevölkerung besucht die Stadt regelmässig für Arbeit, Kultur, Sportanlässe oder Shoppingtouren. Für den Städteverband steht ausser Frage, dass die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Schweiz weiterhin gemeinsam und solidarisch zu meistern ist. Dies machte er sowohl gegenüber der Politik als auch in seiner Medienarbeit klar. Und zwar durchaus erfolgreich: Politisch Zählbares schaute aus der SVP-Kampagne im Jahr 2021 nicht heraus.

Neben den Parlamentsmitgliedern tauschen sich der Städteverband und die KSFD regelmässig mit weiteren Akteurinnen und Akteuren aus: mit der kantonalen Finanzdirektoren und -innenkonferenz (FDK) die Auswirkungen der STAF; und mit dem SECO thematisierte er – neben den finanziellen Auswirkungen durch Covid-19 und dem davon stark betroffenen Städtetourismus – die Agglomerationspolitik, den Strukturwandel in den Städten sowie die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). ♦



PUBLIKATION

Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Im September veröffentlichte die KSFD an ihrer jährlichen Fachveranstaltung die Studie «Nachhaltige öffentliche Beschaffung. Aktuelle Praxis in Schweizer Städten und Entwicklungsmöglichkeiten». Das revidierte Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) sowie die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019) führen zu einem Paradigmenwechsel im öffentlichen Beschaffungswesen: Es darf nicht mehr nur einfach das billigste Angebot beschafft werden, auch Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien sind zu berücksichtigen. Erkenntnisse aus der Studie wurden, unter anderem, auch im «focus» seinen Mitgliedern nähergebracht.



Mobilität & Verkehr

Politik

Der Schweizerische Städteverband ist regelmässig im Dialog mit den Bundesämtern für Raumentwicklung (ARE), Verkehr (BAV), Strassen (ASTRA) und Energie (BFE), um die Mobilität in den städtischen Gebieten weiterzuentwickeln. Er brachte 2021 die städtischen Interessen in die Projekte Verkehrsdrehscheiben, Nationale Dateninfrastruktur Mobilität (NaDIM) sowie Roadmap Elektromobilität 2025 ein.

Verkehrsdrehscheiben: Anlässlich des Projekts «Verkehrsdrehscheiben» unterzeichnete der Schweizerische Städteverband die «Erklärung von Emmenbrücke» mit. Mit der Erklärung verpflichten sich alle drei Staatsebenen, gemeinsam und koordiniert Verkehrsdrehscheiben zu planen und umzusetzen. Solche Drehscheiben sollen einen wertvollen Beitrag zur Erreichbarkeit von Agglomerationen und Städten sowie zu einer verstärkten Verlagerung zugunsten flächeneffizienter Verkehrsträger liefern. Personen, die in die Städte gelangen wollen, sollen zum früheren Umstieg vom Auto auf den ÖV motiviert werden. Zentrales Ziel ist, dass Städte gleichzeitig von aussen erreichbar und innen lebenswert bleiben.

NADIM: Die Nationale Dateninfrastruktur Mobilität soll den standardisierten Austausch von Mobilitätsdaten und damit die Vernetzung von öffentlicher Hand, Mobilitätsanbietern, Entwicklern und Betreibern von digitalen Kundenlösungen (z.B. Apps) sowie weiteren Akteuren aus Wissenschaft und Forschung ermöglichen. Zweck dieses Projekts ist, das Mobilitätssystem der Schweiz verkehrsübergreifend effizienter zu gestalten. Der SSV war im Berichtsjahr und darüber hinaus in einem «Übergangsrat» vertreten. Die Umsetzung ist für Anfang 2025 geplant.

Roadmap Elektromobilität 2022: Der SSV arbeitete in der «Roadmap Elektromobilität 2022» mit, die das Ziel verfolgte, den Anteil der sogenannten «Steckerfahrzeuge» (reine Elektroautos und Plug-in-Hybride) bei den Neuzulassungen von Personenwagen bis ins Jahr 2022 auf 15 Prozent zu erhöhen. Dieses Ziel wurde bereits frühzeitig erreicht. Der Städteverband ist der Ansicht, dass die Elektromobilität zwar ein wichtiges Element für die Dekarbonisierung des Verkehrs ist. Sie löst jedoch nicht die Verkehrsprobleme der Städte, wie z.B. Staus, da Elektroautos ebenso viel Platz benötigen wie herkömmliche Autos. Der SSV wies zudem den Bund im Rahmen der Roadmap wiederholt darauf hin, dass



NETZWERK

Städtekonferenz Mobilität (SKM)

Insgesamt 20 Schweizer Städte sind Mitglieder der SKM, einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Sie setzen sich ausgehend von der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» gemeinsam für einen Stadtverkehr ein, der den hohen Ansprüchen an die Lebensqualität im dicht besiedelten Raum genügt. Der Vorstand setzt sich aus sieben städtischen Verkehrsdirektorinnen und -direktoren zusammen.

Die SKM setzte 2021 zwei thematische Schwerpunkte. Im Frühlingsforum nahm sie die Zukunft des städtischen öffentlichen Verkehrs unter die Lupe, wo nicht mehr nur Verbindungen zwischen Haltestellen, sondern von Tür zu Tür angestrebt werden. Im Mittelpunkt des Herbstforums, das die SKM erstmals mit der Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) durchführte, standen Sicherheitsaspekte im Verkehr. Das Motto der Veranstaltung lautete «Urbaner Raum für Verkehr und mehr».



die Ausrüstung von Parkplätzen im Strassenraum mit Ladeinfrastrukturen die vorhandenen Nutzungskonflikte verschärfen könnte, die aufgrund der beschränkt zur Verfügung stehenden Flächen ohnehin bereits vorhanden sind. Für den SSV besteht der wesentliche Hebel zur Förderung der Elektromobilität in der Ausrüstung privater Abstellplätze mit Ladeeinrichtungen. Zurzeit ist der SSV in der Ausarbeitung der «Roadmap Elektromobilität 2025» involviert.

Veloweggesetz: Auf parlamentarischer Ebene war der SSV an einer Anhörung der ständerätlichen Verkehrskommission zum Veloweggesetz vertreten. Der Städteverband steht hinter der Vorlage, die durchgehende und sicherere Velowegnetze fördert. In den dichten Räumen der Städte muss aber berücksichtigt werden, dass die Flächen knapp sind: Wo Velos und Autos nicht getrennt werden können, soll die maximale Geschwindigkeit und die Anzahl motorisierter Fahrzeuge gering bleiben.

Tempo 30: Medial hohe Wellen schlugen 2021 die Bestrebungen vieler Städte, vermehrt Tempo 30 einzuführen. Auch der SSV beteiligte sich an dieser Debatte. Der Bundesrat präsentierte ausserdem eine Vorlage,

die eine Vereinfachung des Prozedere zur Bewilligung von Tempo-30-Zonen für «siedlungsorientierte» (d.h. Quartier-)Strassen vorsieht, indem dort die Gutachtenpflicht wegfällt. Der Städteverband befürwortet dies: Die Städte kennen die jeweiligen lokalen Situationen genau und sind dementsprechend auch am besten in der Lage, alle Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen. Diese Gutachten verursachen heute einen unnötig hohen Aufwand, ohne einen Mehrwert zu bringen. ♦



Beat Jans, Regierungspräsident Basel-Stadt

«Die Mobilität klimaneutral zu gestalten, hat in Basel einen sehr grossen Stellenwert.»



11. März 2021

Insgesamt 30 städtische Kulturdirektorinnen und -direktoren fordern in einer Resolution: Bund und Kantone sollen Unterstützungsmassnahmen für einen kulturellen Aufschwung über das Jahr 2021 hinaus weiterführen. Die Kulturbranche trifft die Corona-Pandemie besonders hart.



Soziales & Gesundheit

Sozialpolitik

Der sozialpolitische Schwerpunkt lag 2021 auf der Politik der frühen Kindheit. Die Städte sind Vorreiterinnen bei den Angeboten für Kinder im Vorschulalter. Als Reaktion auf einen Bundesratsbericht publizierte der SSV ein Positionspapier mit klaren Anliegen an Bund und Kantone. Anschliessend befasste sich das Parlament mit dem Thema und lancierte die Kommissionsinitiative zur Verstetigung der Anstossfinanzierung für die familienergänzende Betreuung. Der SSV machte sich für den Einbezug der kommunalen Ebene in die Erarbeitung eines Lösungsvorschlags stark. Er konnte seine Anliegen mehrfach an Anhörungen in Kommissionssitzungen einbringen. Die Debatte läuft über das Berichtsjahr hinaus.

Der Städteverband engagierte sich für die Annahme einer Parlamentarischen Initiative zur Bekämpfung von Kinderarmut. Dem Vorstoss werden geringe Chancen eingeräumt, aber das Thema Familienarmut wird den SSV über das Geschäftsjahr hinaus weiter beschäftigen. Der Städteverband arbeitete des Weiteren bei der Gleichstellungsstrategie 2030 des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann mit, in dem er gute Beispiele aus den Städten lieferte.

Positionspapier Politik der frühen Kindheit:



Migration und Integration

Die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern und deren Integration in die Gesellschaft ist eine der grossen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Städte. Entsprechend gross ist ihr Know-how, das sie gegenüber den anderen Staatsebenen einbringen können. Der Städteverband profitiert von den Erfahrungen seiner Mitglieder und setzt sich auf Bundesebene für gute Rahmenbedingungen ein.

So beteiligte sich der SSV 2021 in Zusammenhang mit dem Bericht «Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers» an einer Anhörung in der staatspolitischen Kommission des Nationalrates. Er forderte unter anderem, dass zentrale Grundrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleistet werden sollen. Projekte wie die City Card, die einzelne Städte prüfen, dürfen nicht behindert werden. Unbefriedigend ist momentan der Einbezug der Städte bei den kantonalen Integrationsprogrammen. Hinsichtlich der Verlängerung der Programme hat sich der Städteverband zusammen mit den städtischen Integrationsdelegierten an die verantwortlichen Institutionen von Bund (Staatsekretariat für Migration SEM) und Kantonen (Konferenz der Kantonsregierungen KdK und Konferenz der Integrationsdelegierten KID) gewandt. Die entsprechenden Behörden haben Gesprächsbereitschaft signalisiert.



NETZWERK

Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Städteverbandes mit rund 60 Mitgliedern. Vertreten werden die Städte durch die amtierenden Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher sowie die für das Sozialwesen zuständigen leitenden Angestellten. Inhaltliche Schwerpunkte sind die soziale Sicherung im Gesamtsystem, die Weiterentwicklung der Sozialhilfe und die umfassende Integration. Im Jahr 2021 organisierte die SI Sozialpolitik zwei Fachtagungen mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten. Am 11. Juni thematisierte sie die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Dabei wurde unter anderem die Frage diskutiert, was die Sozialhilfe in einer Krisensituation leisten kann. Die Herbstkonferenz vom Oktober widmete sich der Armutsprävention in den Städten.





Philipp Kutter, Stadtpräsident Wädenswil

«Gemeinden kennen den Bedarf und können massgeschneiderte Angebote im Bereich der frühen Kindheit schaffen.»

Gesundheitspolitik

Das Parlament diskutierte die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen (EFAS) im Geschäftsjahr, schloss das Geschäft aber nicht ab. Der SSV wandte sich, sei es schriftlich oder in Anhörungen, wiederholt an die Kommissionsmitglieder. Seine Position: Weil die Leistungen im stationären und ambulanten Bereich heute unterschiedlich finanziert würden, bestehen Fehlanreize. Es ist richtig, dass diese beseitigt werden – aber nur, wenn dabei auch die Pflegeleistungen in EFAS integriert werden. Nur so wird das Kostenwachstum gerecht auf Krankenkassen, Kantone und Gemeinden verteilt.

Zudem wurde mit der einheitlichen Vergütung des Pflegematerials ein Anliegen des SSV im Parlament definitiv angenommen. Die kommunale Ebene hatte hier vorübergehend eine Finanzierungslücke geschlossen und wird nun entlastet.

Der Städteverband pflegte wie in anderen Jahren das politische Netzwerk durch halbjährliche Treffen mit der Direktion des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV). Auch mit der Direktion des Bundesamts für Gesundheit (BAG) sowie des Staatssekretariats für Migration (SEM) fanden in loser Abfolge Austauschtreffen statt. ♦



NETZWERK

Altersfreundliche Städte

Das Netzwerk ist eine Kommission des Städteverbandes mit 26 Mitgliedern. Ziele sind die altersfreundliche Ausgestaltung des städtischen Lebensraums sowie die Information und Integration der älteren Bevölkerung in den Schweizer Städten. Das Netzwerk trägt zur Verbreitung eines positiven Altersbildes bei und bietet Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

Im September 2021 besuchten die Mitglieder des Netzwerkes die Stadt Aarau zum Thema «Fortschrittliche Altersarbeit in Aarau: Ältere Menschen dort unterstützen, wo sie leben». Jährlich organisiert das Netzwerk altersfreundliche Städte eine Fachtagung. Diejenige vom November 2021 stand unter dem Motto «Bleiben Sie zuhause!»: Sie befasste sich mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Seniorinnen und Senioren und fragte nach den Möglichkeiten der Städte, um deren Lebensqualität zu erhalten.



PUBLIKATION

Im Januar wurde die Studie «Übersicht zu den sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen» publiziert. Die Städteinitiative Sozialpolitik hat sich finanziell daran beteiligt. Sie ist eine wertvolle Grundlage in der täglichen Praxis der Sozialdienste.

7. Mai 2021

Weniger Steuererträge bei Unternehmen, aber hohe und vielfältige Mehrausgaben: Wegen der Corona-Pandemie droht vielen Städten eine zunehmende Verschuldung. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die der Städteverband zusammen mit PwC Schweiz durchgeführt hat.



Raumentwicklung & Agglomerationen

Website der
Tripartiten Konferenz:



Politik

Zentrales politisches Traktandum im Bereich der Raumentwicklung war im Geschäftsjahr die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG). Nach einer Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf der 2. Etappe, dem indirekten Gegenvorschlag zur «Landschaftsinitiative», setzte sich der SSV auf parlamentarischer Ebene dafür ein, dass das Grundprinzip der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet nicht verwässert wird.

Die Umsetzung der ersten Etappe RPG verlangt eine Innenentwicklung in den Städten, namentlich durch verdichtetes Bauen. Dies kann zu Konflikten mit dem Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) führen. Der SSV engagierte sich in einer Arbeitsgruppe des Bundes, die Empfehlungen zum Umgang mit schützenswerten Ortsbildern bei Verdichtungsvorhaben schaffen will, und ist auch in das von der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (BPUK) initiierte Projekt für einen «Leitfaden ISOS» involviert.

Das Raumkonzept Schweiz, welches 2012 verabschiedet worden ist, soll nach zehn Jahren aktualisiert werden. Die Trägerorganisationen werden diesen Entscheid im Laufe des Jahres 2022 fällen.

Der SSV pflegte auch 2021 intensive Kontakte mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE). Weiter steht er in stetem Austausch mit der BPUK sowie EspaceSuisse,

dem Schweizer Verband für Raumplanung. Mit den drei Schweizer Metropolitankonferenzen und der Hauptstadtregion Schweiz fand ein Informationsaustausch statt.

Tripartite Konferenz (TK)

Die TK ist die politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Ebenen und zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit über alle drei Staatsebenen und ermöglicht einen pragmatischen Austausch über Themen und Fragestellungen, für die sonst geeignete Gefässe fehlen.

Im Berichtsjahr 2021 verabschiedete die TK ein neues Arbeitsprogramm für die Jahre 2022-2026. Demnach sollen die beiden Projekte «Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen fördern» und «Eisenbahnlinien als Potenzialräume für die Siedlungsentwicklung» weiter vorangetrieben werden. Das Projekt «Dialog qualitätsvolle Innenentwicklung» wurde im November nach aufwändigen Vorarbeiten lanciert.

Agglomerationen

Die Agglomerationspolitik ist ein Schwerpunktthema des SSV. Denn Agglomerationen sind mit den Kernstädten sowie auch untereinander eng verflochten. Dies erfordert unter anderem eine abgestimmte Raumplanung. Die Evaluation der Agglomerationspolitik 2016+ des Bundes wurde 2021 lanciert; der Städteverband ist in der Begleitgruppe mit Präsidenten aus Stadt- und Agglomerationsgemeinden vertreten. Zudem brachte sich der SSV in mehreren Veranstaltungen des ARE zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik ab 2024 ein. Im Berichtsjahr bereitete der SSV Veranstaltungen vor, die 2022 stattfinden werden, beispielsweise das Aggloforum «Urbane Freiräume». ♦



PUBLIKATION

Impuls Innenentwicklung

Gemeinsam mit EspaceSuisse publizierte der Städteverband einen «focus spezial» zum Impuls Innenentwicklung. Das Programm, das die Innenentwicklung in den Städten fördert und der Zersiedelung entgegenwirkt, wird um fünf Jahre weitergeführt. In der Publikation erschienen Erfahrungsberichte, gute Beispiele und mehr.





13. Juni 2021

Überraschung und Enttäuschung: Die Schweizer Stimmbevölkerung schickt das CO₂-Gesetz bachab. Der Städteverband hatte sich für ein «Ja» starkgemacht.



Energie, Umwelt & Klima

Politik

Der Klimaschutz ist für die Städte ein grosses Anliegen. Sie sind Vorreiterinnen im Kampf gegen den Klimawandel, von dem sie speziell betroffen sind. Die Städte sind besonders empfindlich gegen Extremereignisse wie Hitzewellen, Starkregen oder Hochwasser, die immer heftiger ausfallen und häufiger auftreten. Neben wirtschaftlichen Schäden ist, vor allem für die ältere Bevölkerung, mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu rechnen, bis hin zu einer Zunahme von Todesfällen. Deshalb betreiben die Städte bereits heute sehr aktiv eine Politik für eine Reduktion des CO₂-Austosses.

Revision des CO₂-Gesetzes: Vor diesem Hintergrund machte sich der Städteverband für die Revision des CO₂-Gesetzes stark, über welches die Schweizer Stimmbürger im Juni 2021 abstimmte. Dieses Gesetz hätte den Städten einen wichtigen gesetzlichen Rahmen gegeben (z.B. CO₂-Grenzwerte für Gebäude), finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt (Klimafonds) und sie in den Bestrebungen gestärkt, auf lokaler Ebene Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben. Der Städteverband bezog in einem ausführlichen Dokument an Mitglieder und Öffentlichkeit Position, lancierte eine Social-Media-Kampagne und schaltete sich

wiederholt in die mediale Abstimmungsdebatte ein. Dieses Engagement war nicht von Erfolg gekrönt, das Stimmvolk schickte das Gesetz bachab. Umso wichtiger ist, dass viele Städte unabhängig davon weiterhin mit eigenen Klima- und Energiestrategien mit Zielrichtung «Netto-Null» sowie Massnahmenplänen im Rahmen des eigenen Handlungsspielraumes vorangehen. Der SSV und seine Sektion, der Schweizer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI), bieten zusammen mit der Energie- und Klimapolitischen Kommissionen (EKK) sowie den Fachgruppen Energie sowie Klima & Umwelt rege benutzte Plattformen für den Austausch und die Konkretisierung dieser Strategien.

Trinkwasser: Ebenfalls weit oben auf der politischen Agenda befand sich 2021 das Thema Trinkwasser: Die in der Landwirtschaft benutzten Pestizide führen zu verunreinigtem Grundwasser. Damit die hohe Schweizer Trinkwasserqualität aufrechterhalten werden kann, muss das Grundwasser mit immer grösserem Aufwand aufgearbeitet werden. Diese Aufgabe liegt meist in der Kompetenz von Städten und Gemeinden. Zwei Volksinitiativen zum Thema wurden von der Stimmbürger im Juni 2021 abgelehnt: Für die Trinkwasserinitiative hatte der SSV Stimmfreigabe beschlossen, die Pestizidinitiative lehnte er ab. Der Städteverband

Klima-Bündnis:



NETZWERK

Schweizer Verband kommunale Infrastruktur (SVKI)

Der SVKI ist eine Sektion des Städteverbandes und Partner des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Er setzt sich fachlich und politisch für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen ein. Mitglieder des SVKI sind über 260 Städte, Gemeinden, Zweckverbände, Kantone und Gönner der Privatwirtschaft.

Der SVKI arbeitet sehr eng mit dem Städteverband zusammen, namentlich in den Bereichen Klimaschutz sowie Energie und Umwelt. Städtische Infrastrukturen sind zentral für die Reduktion der CO₂-Emissionen. Sie schonen die Umwelt durch nachhaltige Beschaffung oder durch ausgeklügelte Recycling- und Abwassersysteme. So führt der SVKI auch das Sekretariat des Klima-Bündnisses Schweiz, ein Zusammenschluss von zahlreichen Schweizer Städten.



unterstützte hingegen zwei Vorstösse in den eidgenössischen Parlamenten, wonach einerseits der Pestizidgehalt bis 2027 halbiert, und andererseits der Trinkwasser-Zuströmbereich besser vor Verunreinigungen geschützt werden soll. Beide Vorstösse wurden angenommen.

Erneuerbare Energien: Der Bundesrat verabschiedete im Juni den Mantelerlass für eine «Sichere Stromversorgung mit erneuerbarer Energie». Der Schwerpunkt liegt auf der Versorgungssicherheit, insbesondere im Winter. Der SSV liess gemeinsam mit der Energie- und Klimapolitischen Kommission der vorberatenden Kommission die Hauptanliegen der Städte zukommen. Zentral aus Sicht der Städte ist, dass hinsichtlich der Versorgungssicherheit im Winter nicht nur die Stromproduktion, sondern auch die erneuerbare Wärmezeugung beachtet wird.

Fernwärme: Im Februar fand ein Treffen einer Delegation von Städten mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga zum Thema thermische Netze statt. Darauf wurden in einem von BFE und SSV gemeinsam getragenen Projekt wichtige Erkenntnisse aus der Praxis zum Ausbau von Fernwärmenetzen zusammengetragen, beruhend auf Interviews mit Stakeholdern. Zudem entstand da-

bei eine Charta zur Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Städten bei der Beschleunigung des Ausbaus von thermischen Netzen. Die Charta soll 2022 unterzeichnet werden. ♦



«Die Stadt unterstützt die Begrünung von Dächern und Fassaden.»

Pierre Dessemontet, Stadtpräsident Yverdon-les-Bains

Digitalisierung & Smart City

Politik

Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen voran und macht auch vor den öffentlichen Verwaltungen nicht halt. Die von allen Staatsebenen getragene Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) wird ab Januar 2022 operativ tätig. Im Berichtsjahr nahm der SSV zu den Grundlagen und der Rahmenvereinbarung der neuen Organisation Stellung. Darin befürwortete er eine Intensivierung der Kooperation von Bund, Kantonen und Gemeinden: Diese ist unabdingbar und dringend für das Vorantreiben der digitalen Transformation, die deutlich einfachere und hindernisfreie Zugänge zur öffentlichen Grundversorgung bietet und durch Automatisierung einen gebündelten Ressourceneinsatz erlaubt. Analog zu den Strukturen bei E-Government Schweiz wird die Kommunalebene sowohl im politischen wie auch im operativen Steuergremium Einsitz nehmen.

Smart City

Smart City ist ein vielfältiges Konzept. Es ist digital, aber auch weit mehr; es geht weit über E-Government und Digitalisierungsstrategien hinaus. Smart Cities sorgen grundsätzlich für eine intelligente Vernetzung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Es ist ein ganzheitlicher Ansatz für innovative, ressourcenschonende und lebenswerte Städte, wobei die Umsetzung von Stadt zu Stadt unterschiedlich ist.

Für die Städte ist insbesondere der fachliche Austausch zu Smart City wichtig. Der Städteverband bietet dafür mit der Arbeitsgruppe Digitalisierung, in welcher sich zweimal jährlich über 20 Fachverantwortliche aus den Städten treffen, eine Plattform zum internen Austausch. Zudem ist der Städteverband Partner beim Strategiekongress SmartSuisse und bei der SuissePublic Smart, die 2021 erstmals stattgefunden hat. ♦



PUBLIKATION

Publikation: Swiss Smart City Survey (SSCS)

Der SSV wirkte beim SSCS der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) mit. Der Tenor in den befragten Städten: Smarte Städte erhöhen die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit dank Digitalisierung, Vernetzung, Partizipation und Effizienz. Der SSCS entwickelte einen Smart-City-Index mit neun Dimensionen.





1. Juli 2021

Die OECD-Staaten beschließen eine Mindest-Gewinnsteuer von 15 Prozent für international tätige Unternehmen. Mit bedeutenden Auswirkungen auf die Städte.

Wohnen, Quartiere & öffentlicher Raum

Politik

Die Wohnung, das Quartierleben und ein lebenswerter öffentlicher Raum – diese drei Aspekte sind zentral für die Lebensqualität in der Stadt. Der begrenzte Raum sorgt für ein knappes Angebot an Wohnungen und die damit verbundenen hohen Preise sind eine der grossen Herausforderungen für die Städte. Der Städteverband setzt sich für positive Rahmenbedingungen für erschwinglichen Wohnraum ein. Eine wichtige Rolle spielt dabei der gemeinnützige Wohnungsbau. Der SSV ist Partner des wohnungspolitischen Dialogs Bund-Kantone-Städte.

Im Juni und November 2021 fand je ein Wohnnetztreffen statt, zu den Themen «Wohnraumstrategien» und «Die Corona-Pandemie: Einflussfaktor für das Wohnen in der Stadt?». Die Wohnnetztreffen dienen dem informellen Austausch zu wohnungspolitischen Fragestellungen zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Deutschschweizer Städten und Gemeinden, dem Schweizerischen Städteverband und dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).



NETZWERK

Das Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)

ZORA ist eine Kommission des Städteverbandes; sie ist Think Tank für die Zukunft des öffentlichen Raums in den Städten. Die Herausforderung ist gross: Städte werden dichter, immer mehr Menschen teilen sich immer weniger Platz, alle Generationen mit vielfältigen Lebensstilen kommen zusammen.

Bei ZORA tauschen Städte ihre Erfahrungen aus und suchen Lösungen für die aktuellen Herausforderungen. Im Fokus stehen die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und der Wissenstransfer zwischen den Fachpersonen, wonach Grundlagen erarbeitet werden. Am 15. September organisierte ZORA in Luzern das SSV-Info «Pop-Up: Den öffentlichen Raum temporär und niederschwellig umnutzen». Ausserdem publizierte es eine neue Broschüre mit Informationen zu ihrer Zusammensetzung, ihren Aktivitäten und Themen.





«Die Stadt Neuenburg legt ganz besonderen Wert darauf, das gute Zusammenleben aller Beteiligten in unseren öffentlichen Räumen zu fördern.»

Violaine Blétry-de Montmoulin, Stadtpräsidentin Neuenburg

Netzwerk lebendige Quartiere (NLQ)

Im Auftrag des ARE und des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) führt der Städteverband das NLQ. Im Netzwerk können sich interessierte Kreise zu verschiedenen Aspekten der Quartierentwicklung wie etwa Wohnen, Partizipation oder soziale Durchmischung austauschen. Das Bedürfnis nach einem solchen Austausch war 2021 unverändert gross. Das NLQ führte zwei Seminare und zwei Anlässe der Veranstaltungsreihe «NLQ vor Ort» durch.

Das Thema des Frühlingsseminars 2021 lautete «Nachbarschaftsarbeit und Corona»; es fand, ganz im Zeichen der Pandemie, online mit über 170 Teilnehmenden statt. Im Herbstseminar, das wieder physisch stattfinden konnte, lautete das Thema «Freiräume im Quartier gestalten». Rund 70 Fachpersonen besuchten die Veranstaltung.

Wie es der Name der Veranstaltungsreihe schon sagt, werden bei «NLQ vor Ort» Quartierentwicklungsprozesse anhand konkreter Beispiele näher angeschaut und unter Fachpersonen diskutiert. Ein Besuch fand in Wil SG statt, wo im Lindenhof-Quartier sehr viel in Bewegung ist – einerseits wegen der laufenden grossflächigen Arealüberbauungsprojekte, andererseits aufgrund des mittelfristigen Sanierungsbedarfs der zahlreichen, älteren Gebäudesubstanzen. Beides wird einen Einfluss auf die Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur, und damit die Quartierentwicklung haben und das künftige Quartierbild prägen.

Am 7. September besuchten die Fachpersonen das Quartier Mett und das Terrain Gurzelen in Biel, wo sie der Frage nachgingen, wie und unter welchen Umständen in Quartierentwicklungsprozessen eine gelebte Mitwirkung der Bevölkerung gelingen kann. ♦



9. September 2021

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden unterzeichnen die «Erklärung von Emmenbrücke». Damit verpflichten sie sich, gemeinsam und koordiniert Verkehrsdrehscheiben zu planen und umzusetzen. Personen sollen so zum früheren Umstieg vom Auto auf den ÖV motiviert werden.





Bildung, Kultur & Sicherheit

Bildungspolitik

Den Städten ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit und damit die Bereitstellung eines guten Angebots der familienergänzenden Kinderbetreuung ein grosses Anliegen. Entsprechend erfreulich war, dass sich der SSV gemeinsam mit der Städteinitiative Bildung und der Städteinitiative Sozialpolitik bei der Ausarbeitung der Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) zur Qualität und Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung einbringen konnte.

Als Hochschul- und Forschungsstandorte spielen die Städte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Innovationsfähigkeit des Landes. Die Qualität des Forschungsplatzes ist ein wichtiges Plus im internationalen Standortwettbewerb. Bei strategischen Weichenstellungen im Bereich von Forschung und Innovation müssen die Städte frühzeitig in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden.



NETZWERK

Städteinitiative Bildung

Die Städteinitiative Bildung ist eine Sektion des SSV, die den Bildungsdirektoren diverser Städte eine Plattform zum Austausch bietet. Sie bearbeitet bildungspolitische Fragestellungen, insbesondere der Volksschule, aus Sicht der urbanen Schweiz. Sie sorgt in Absprache mit dem Städteverband für eine wirksame Vertretung der bildungspolitischen Anliegen der Städte gegenüber den Kantonen und gegebenenfalls gegenüber des Bundes. Am 26. März 2021 veranstaltete sie die Jahreskonferenz zum Thema «Vielfalt als Chance», am 17. September fand die Herbstkonferenz unter dem Motto «Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen» statt.



«Ist es Aufgabe einer Gemeinde, sich um das eigene Zentrum zu kümmern? Ja, ist es!»

Christian Marti, Gemeindepäsident Glarus

Kulturpolitik

Die Städte tragen stark zum vielfältigen und reichhaltigen Kulturangebot und somit auch zur touristischen und wirtschaftlichen Attraktivität der Schweiz bei. Von den 2,9 Milliarden Franken, welche die öffentlichen Gemeinwesen jährlich für Kultur ausgeben, stammen rund die Hälfte aus den Budgets der Gemein-den, wobei Städte den Grossteil tragen. Ein wichtiges Gremium ist der Nationale Kulturdialog (NDK), welcher Bund, Kantone, Städten und Gemeinden zur Koordination ihrer kulturellen Aktivitäten und zum Austausch in kulturpolitischen Fragen dient. Der Städteverband gehört zu den Mitunterzeichnenden der Vereinbarung, die den NDK 2011 begründet hatten, und vertritt die Städte auf der politischen Ebene. Im Jahr 2021 trafen sich die Parteien drei Mal, nicht zuletzt auch wegen der Corona-Pandemie (siehe Seite 8).

Sicherheitspolitik

Für Städte und Gemeinden ist die Sicherheitsthematik mit zahlreichen und immer wieder neuen Herausforderungen verbunden. Gleichzeitig sind die Ressourcen zur Gewährleistung der Sicherheit knapp. Der Städteverband war als Stimme der Schweizer Städte von Anfang an in die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) miteinbezogen, welchen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam mittragen. ♦



NETZWERK

Städtekonferenz Kultur (SKK)

Die SKK ist eine Sektion des Städteverbandes, die die städtischen Kulturbeauftragten von 33 Städten vereint. Sie bearbeitet kulturpolitische Fragestellungen, fördert den Erfahrungsaustausch sowie die Diskussion unter den Mitgliedern und ihren Kulturverantwortlichen. Die SKK betreibt vier Auslandateliers für Kulturschaffende. Auch bei der SKK lag 2021 der Fokus auf der Existenzsicherung der Kulturschaffenden: Dreissig städtische Kulturdirektorinnen und -direktoren machten sich in einer gemeinsamen Erklärung unter anderem stark dafür, dass die Kulturgelder trotz des coronabedingt eingeschränkten Kulturangebots vollumfänglich entrichtet werden.



NETZWERK

Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)

Die KSSD ist eine Sektion des Städteverbandes. Sie richtet sich an Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen, die für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständig sind. Ein wichtiger Fixpunkt in der Agenda der KSSD ist in jedem Jahr der urbane Sicherheitskongress: Am 26. November fand er – in Zusammenarbeit mit der Städtekonferenz Mobilität – zum Thema «Urbaner Raum für Verkehr und mehr» statt.



Öffentlichkeitsarbeit

Der Städteverband entwickelte im Berichtsjahr die Kommunikationskanäle weiter – mit einigen grundlegenden Änderungen.



SSV-Newsletter

Mit dem neuen SSV-Newsletter baute der SSV die politische Berichterstattung und die Kommunikation seiner politischen Positionen aus. Die Produkte «Politthemen» und «Sessionsupdate» sind nun Teil des neuen Newsletters. Er nimmt sämtliche Aktualitäten auf, die bislang im «focus» Platz fanden.



«focus»

Gleichzeitig bleibt der «focus» als Online-Magazin bestehen: Ein Thema wird fachlich vertieft beleuchtet und mit Best-Practice-Beispielen und Interviews von Exekutivmitgliedern aus Mitgliederstädten veranschaulicht.



Presseschau

Unverändert wurde auch 2021 die Presseschau täglich an die Mitglieder versandt. Sie bot Zugang zu zahlreichen Zeitungsartikeln, die aus städtischer Sicht von Bedeutung waren.



Nach Corona: Stimmen aus den Städten

In der ersten Hälfte des Jahres publizierte der SSV die Textreihe «Nach Corona: Stimmen aus den Städten». 26 Autorinnen und Autoren aus Politik, Verwaltung oder Wissenschaft, die für Städte oder zusammen mit Städten tätig sind, analysierten aus zahlreichen verschiedenen Blickwinkeln die Pandemie-Situation, teilten Erfahrungsberichte oder stellten Thesen für die künftige Entwicklung auf. Die Textreihe stiess auf grosse Resonanz, vereinzelt wurden Beiträge in den Medien aufgenommen.



Medienarbeit

Der SSV ist auch gegenüber den Medien Ansprechpartner für urbane Angelegenheiten. Thematisch standen 2021 Entwicklungen in der städtischen Verkehrspolitik (z.B. Tempo 30 und Roadpricing) und der Stadt-Land-Graben im Fokus. Selbstverständlich weckte auch die Corona-Pandemie weiterhin die Aufmerksamkeit der Medien, nicht zuletzt wegen der finanziellen Auswirkungen auf die städtischen Finanzen. Der SSV versandte 22 Medienmitteilungen – in einem neuen, attraktiveren und für Medienschaffende geeigneteren Format.



Statistik der Schweizer Städte

Die 82. Ausgabe der Städtestatistik legte den Fokus auf das Thema «Wohnen in der Stadt». Die Publikation erschien wiederum in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik.



Veranstaltungen

Der Städteverband organisiert diverse Veranstaltungen oder ist Partner von Events. Er nimmt aktiv an Referaten oder Podiumsdiskussionen teil, an denen er seine Expertise an einem interessierten Publikum vermittelt. Mitglieder des Städteverbandes profitieren häufig von vergünstigten Konditionen.

Im Jahr 2021 war der Städteverband an insgesamt 27 Veranstaltungen Partner oder Patronatspartner. Darunter gehörten Veranstaltungen wie die «SuissePublic», die «SmartSuisse», das «Swiss E-Government-Forum» oder das «Forum des 100».

An der Fachveranstaltung «SSV-Info» werden aktuelle Themen in einem persönlichen Rahmen vertieft behandelt, exklusiv und unentgeltlich für Mitglieder. Das «SSV-Info» 2021 fand in Luzern, zum Thema «Pop-Up: Den öffentlichen Raum temporär und niederschwellig umnutzen», statt.

Ende Mai fand in Basel die Föderalismuskonferenz statt. Schwerpunktthemen waren «Der Föderalismus in ausserordentlicher Lage» sowie «Föderalistische Erfolge feiern». Neben Mitgliedern des Bundesrates und der Kantone referierte auch Sami Kanaan, Regierungsmitglied der Stadt Genf und Vizepräsident des SSV. ♦

4 versandte Newsletter
seit September

22 Medienmitteilungen

354 Presseschauen

7 Ausgaben des «focus» –
zusätzlich 1 «focus spezial»



15. September 2021

Das SSV-Info in Luzern zum Thema: «Pop-up – den öffentlichen Raum temporär und niederschwellig umnutzen: Herausforderungen und Prozesse»



Politische Interessenvertretung

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden in der Bundespolitik. Einerseits pflegt er sein Netzwerk mit der Bundesverwaltung durch zahlreiche Treffen auf Fach- oder Direktionsebene, andererseits bringt er sich aktiv im Parlament ein. Er vertritt seine Positionen mit Schreiben an die Kommissions- und Parlamentsmitglieder, durch die Teilnahme an Hearings der vorberatenden Kommissionen und er pflegt den persönlichen Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Die Corona-Pandemie erschwerte den persönlichen Kontakt zu den Parlamentsmitgliedern. Der «Table urbaine» musste wegen der Pandemie sowohl im Frühling und Herbst abgesagt werden, ebenso der Frühlingsanlass der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik. Im Herbst wurde der Anlass zum Thema «Die Kommunalebene und die Pandemie: Mittel- und langfristige Herausforderungen für die Gemeinden und Städte» durchgeführt.

Der Vorstand des Städteverbandes fasst zudem Parolen zu eidgenössischen Abstimmungen, die die Städte betreffen. Dies tat er auch 2021.

Sessionsvorschau

Für alle vier Sessions veröffentlichte der SSV eine Sessionsvorschau zuhanden der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Diese ging auch an seine Mitglieder, Medienschaffende und weitere interessierte Kreise. Die Sessionsvorschau beinhaltet die Haltung des Städteverbandes zu ausgewählten Geschäften, die für die urbane Schweiz von Bedeutung sind.

Vernehmlassungen

Der Städteverband nahm 2021 insgesamt an 41 Vernehmlassungen teil. ♦



Thematische Übersicht der 41 Vernehmlassungen

- Verkehr (3)
- Soziales und Gesundheit (4)
- Raumplanung (4)
- Finanzen (6)
- Energie und Umwelt (8)
- Sicherheit (7)
- Kultur (6)
- Migration und Integration (2)
- Digitalisierung und E-Government (3)
- Weitere (4)

28. November 2021

Ja zum COVID-19-Gesetz in der Volksabstimmung: Gebeutelte Arbeitnehmerinnen und -nehmer, Unternehmen und Kunstschaffende werden weiterhin unterstützt. Das Zertifikat gibt Freiheiten zurück, insbesondere der Gastronomie und der Kultur.





Netzwerk

Der Städteverband bietet seinen Mitgliedern eine vielfältige und breite Palette an Plattformen, um sich fachlich auszutauschen oder politisch einzubringen.

Sektionen

Als rechtlich selbstständige Organisationen befassen sich die Sektionen des Städteverbandes mit spezifischen Fragestellungen in ihrem Fachbereich. Sie erarbeiten z.B. fachliche Grundlagen und politische Positionen und bringen sich – in Absprache mit dem SSV – aktiv in den politischen Prozess ein.

- Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSF)
- Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)
- Städteinitiative Bildung
- Städteinitiative Sozialpolitik
- Städtekonferenz Mobilität (SKM)
- Städtekonferenz Kultur (SKK)
- Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Kommissionen und ständigen Arbeitsgruppen (AG) des Städteverbandes dienen der internen Meinungsbildung und dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern des Städteverbandes.

Die Energie- und klimapolitische Kommission, das Netzwerk altersfreundliche Städte sowie die AG grosse Kernstädte setzen sich aus den verantwortlichen Exekutivmitglieder aus den Städten zusammen. Die übrigen Kommissionen und Arbeitsgruppen richten sich an Fachpersonen aus der Verwaltung der Mitgliederstädte.

- Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)
- Netzwerk altersfreundliche Städte
- Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure
- AG Geoinformation SSV
- AG Kommunikation
- AG Städtisches Nachtleben
- AG Grosse Kernstädte
- AG Städtische Integrationsdelegierte
- AG Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus
- AG Digitalisierung
- Statistikkommission
- Energie- und klimapolitische Kommission ♦



«In der Liegenschaftsstrategie ist eine aktive Bodenpolitik festgeschrieben.»

Anders Stokholm, Stadtpräsident Frauenfeld

Der SSV 2021

Städtetag in Thun

Ein Höhepunkt im Jahr des Städteverbandes ist der alljährliche Städtetag: Neben der formellen Generalversammlung wird jeweils ein Thema vertieft, zu dem zahlreiche hochkarätige Fachpersonen zu Wort kommen. Daneben bleibt an der zweitägigen Veranstaltung Platz, um das Netzwerk zu pflegen und die Gastgeberstadt kennenzulernen. Nachdem der Städtetag 2020 in Thun coronabedingt abgesagt werden musste, trafen sich 2021 die Vertreterinnen und Vertreter der Städte im Tor zum Berner Oberland zum Thema «Städte der Beteiligung». Beteiligung der Bevölkerung ist zentral in einer Demokratie. In den Städten zeigt sich diese besonders ausgeprägt. Doch auch die Beteiligung der Städte gehört zu einem funktionierenden Föderalismus. Gast war unter anderem Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Mutationen im Vorstand

Mit grosser Bestürzung und Trauer musste der Schweizerische Städteverband im August den unerwarteten Tod von Marco Borradori zur Kenntnis nehmen. Der 62-jährige Stadtpräsident von Lugano war seit Sommer 2015 Vorstandsmitglied des SSV.

Neu in den Vorstand gewählt wurden 2021 Beat Jans, Regierungspräsident von Basel-Stadt, Urs Marti, Stadtpräsident von Chur, sowie Philippe Varone, Stadtpräsident von Sion. Sie ersetzen Elisabeth Ackermann (ehem. Regierungspräsidentin Basel-Stadt), Thomas Scheitlin (ehem. Stadtpräsident St. Gallen) und Laurent Wehrli (ehemaliger Gemeindepräsident Montreux).

Mutationen auf der Geschäftsstelle

Nach 13 Jahren an der Spitze des Verbandes gab 2021 Renate Amstutz ihren Rücktritt als Direktorin bekannt. Renate Amstutz hat den Verband in ihrer langjährigen Tätigkeit wirkungsvoll ausgebaut und zu einem bedeutenden Ansprechpartner für die Bundespolitik gemacht. Die Nachfolge von Renate Amstutz übernahm im Oktober 2021 Martin Flügel, der bisherige stv. Direktor.

Zu Beginn des Jahres 2021 stiess Marc Moser als neuer Leiter Kommunikation zum SSV. Im Herbst trat Paul Schneeberger, Leiter Verkehrspolitik beim SSV, eine neue Stelle an. ♦



Die langjährige Direktorin Renate Amstutz (links) wird vom Präsidenten Kurt Fluri verabschiedet. (Foto: Patric Fahrni, Thun)

Organe

Vorstand

Kurt Fluri	Ehem. Stadtpräsident Solothurn, Nationalrat, Präsident
Sami Kanaan	Stadtrat Genf, Vizepräsident
Corine Mauch	Stadtpräsidentin Zürich, Vizepräsidentin

Barbara Horlacher	Frau Stadtammann Brugg
Théo Huguenin-Elie	Gemeinderat La Chaux-de-Fonds
Beat Jans	Regierungspräsident Basel
Grégoire Junod	Stadtpräsident Lausanne
Michael Künzle	Stadtpräsident Winterthur
Philipp Kutter	Stadtpräsident Wädenswil
Raphael Lanz	Stadtpräsident Thun
Christian Marti	Gemeindepräsident Glarus
Urs Marti	Stadtpräsident Chur
Doris Meier-Kobler	Gemeindepräsidentin Bassersdorf
Philippe Varone	Stadtpräsident Sion
Alec von Graffenried	Stadtpräsident Bern

Geschäftsstelle

Martin Flügel	Direktor
Dominic Blumenthal	Leiter Netzwerk Lebendige Quartiere
Franziska Ehrler	Leiterin Sozial- und Gesellschaftspolitik
Michael Felber	Leiter Finanz- und Wirtschaftspolitik
Christina Grab	Leiterin Administration
Marlene Iseli	Leiterin Kulturpolitik
Janis Lüber	Praktikant
Marc Moser	Leiter Kommunikation
Maja Münstermann	Administration
Barbara Santschi-Hutzli	Leiterin Direktionsstab

Kontrollstelle

Blaser Treuhand AG	Bern
---------------------------	------

Stand am 31. Dezember 2021

7. Dezember 2021

Die städtischen Verkehrsbetriebe werden vom Bund finanziell entschädigt. Das Parlament spricht sich für die Unterstützung des Ortsverkehrs auch für das Jahr 2021 aus. Der ÖV litt unter der Coronapandemie stark.



Jahresrechnung

BLASER
TREUHAND
BERN

BLASER TREUHAND AG
SCHWARZENBURGST. 265
CH-3008 KÖNIZ BERN

Telefon 031 372 11 11
Telefax 031 371 45 18
tst@treuhandbern.ch
www.treuhandbern.ch

Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8
3001 Bern

Köniz, 07. April 2022

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision

an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Städteverbandes, Bern.

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Schweizerischen Städteverbandes für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Blaser Treuhand AG



Roger Nietlispach
Dipl. Wirtschaftsprüfer
Zugel. Revisionsexperte
Leitender Revisor



Urs Blaser
Dipl. Experte in
Rechnungslegung
und Controlling
Zugel. Revisionsexperte

Beilage Jahresrechnung

KOMPETENZ IM ZENTRUM

Mitglied des Schweizerischer
Treuhanderverbandes
TREUHAND | SUISSE

Erfolgsrechnung

	2021		2020	
	CHF	%	CHF	%
Ertrag				
Mitgliederbeiträge	2 163 404.80		2 155 581.00	
Verwaltungskostenbeiträge	198 966.20		174 266.20	
Projekte und übrige Erträge	185 772.18		157 746.86	
Total Ertrag	2 548 143.18	100	2 487 594.06	100
Aufwand				
Vorstand / Sitzungen / Kommissionen	100 299.43	-3,9	92 887.98	-3,7
Sachaufwand	711 828.09	-27,9	708 835.40	-28,5
Personalaufwand	1 727 051.40	-67,8	1 614 947.92	-64,9
Total Betriebsaufwand	-2 539 178.92	-99,6	-2 416 671.30	-97,1
Jahresgewinn	8 964.26	0,4	70 922.76	2,9

Bilanz

	2021		2020	
	CHF	%	CHF	%
AKTIVEN				
Umlaufvermögen				
Flüssige Mittel	3 052 392.54		3 074 240.99	
Forderungen aus Lieferungen / Leistungen	13 630.00		10 592.90	
Übrige kurzfristige Forderungen	70 523.22		70 523.22	
Aktive Rechnungsabgrenzung	78 839.60		92 390.00	
	3 215 385.36	98,0	3 247 747.11	98,0
Anlagevermögen				
Finanzanlagen	65 720.55		65 718.00	
Sachanlagen	2.00		2.00	
	65 722.55	2,0	65 720.00	2,0
Bilanzsumme	3 281 107.91	100	3 313 467.11	100
PASSIVEN				
Fremdkapital				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen / Leistungen	152 354.18		108 511.78	
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	258 483.96		173 220.71	
Passive Rechnungsabgrenzungen	52 264.45		61 693.56	
Total Fremdkapital kurzfristig	463 102.59		343 426.05	
Rückbehaltene Sachkosten	1 346 000.00		1 507 000.00	
Total Fremdkapital Langfristig	1 346 000.00		1 507 000.00	
	1 809 102.59	55,1	1 850 426.05	55,8
Eigenkapital	1 472 005.32	44,9	1 463 041.06	44,2
Bilanzsumme	3 281 107.91	100	3 313 467.11	100



17. Dezember 2021

Die Auswirkungen der Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) sollen endlich untersucht werden. Der Nationalrat überwies ein entsprechendes Postulat von SSV-Vorstandsmitglied Philipp Kutter.

Mitglieder

Aarau	Köniz	Romanshorn
Adliswil	Kreuzlingen	Rorschach
Aesch BL	Kriens	Sarnen
Affoltern am Albis	Küsnacht ZH	Schaffhausen
Aigle	La Chaux-de-Fonds	Schlieren
Altdorf UR	La Neuveville	Schwyz
Altstätten	Lancy	Sierre
Amriswil	Langenthal	Sion
Appenzell	La Tour-de-Peilz	Solothurn
Arbon	Lausanne	Spiez
Arosa	Le Grand-Saconnex	St. Gallen
Baden	Lenzburg	St. Moritz
Basel	Liestal	Stäfa
Bassersdorf	Locarno	Steffisburg
Bellinzona	Le Locle	Thalwil
Bern	Lugano	Thun
Biel-Bienne	Luzern	Urdorf
Binningen	Lyss	Uster
Birsfelden	Martigny	Uzwil
Brig-Glis	Meilen	Vernier
Brugg	Meyrin	Versoix
Buchs SG	Monthey	Vevey
Bülach	Montreux	Villars-sur-Glâne
Bulle	Morges	Wädenswil
Bussigny	Moutier	Wallisellen
Burgdorf	Münchenstein	Weinfelden
Carouge GE	Münsingen	Wettingen
Chiasso	Murten	Wetzikon ZH
Chur	Muttenz	Wil SG
Delémont	Neuchâtel	Winterthur
Dietikon	Nyon	Wohlen AG
Dübendorf	Olten	Worb
Frauenfeld	Onex	Yverdon-les-Bains
Freienbach	Opfikon	Zofingen
Freiburg	Ostermundigen	Zuchwil
Genève	Payerne	Zug
Glarus	Plan-les-Ouates	Zürich
Gland VD	Porrentruy	
Gossau SG	Prilly	Gemeindepräsidentenverband
Grenchen	Pully	Kanton Zürich (ohne Stimmrecht)
Herisau	Rapperswil-Jona	
Horgen	Regensdorf	
Illnau-Effretikon	Reinach BL	
Interlaken	Renens VD	
Ittigen	Rheinfelden	
Kloten	Riehen	

